



Entscheiden, investieren, gemeinsam Zukunft sichern

IHK-Unternehmensbarometer zur Bundestagswahl 2021

 **GemeinsamZukunftSichern**

DIHK

Deutscher
Industrie- und Handelskammertag

IHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammern

Die wesentlichen Ergebnisse des IHK-Unternehmensbarometers zur Bundestagswahl 2021

- **Zukunftsfähigkeit braucht Investitionen.** Die Bewertung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland fällt noch einmal schlechter aus als vor vier Jahren. Und das in einer Zeit, in der wirtschaftliche Veränderungen große Investitionen bei den Unternehmen erfordern. Das Unternehmensbarometer zeigt: Die neue Bundesregierung muss **mehr Tempo bei Digitalisierung und wirtschaftsfreundlicher Verwaltung** machen. Die drei wichtigsten Zukunftsthemen für die Betriebe sind **Digitalisierung, investitionssicherer Klimaschutz und Fachkräftemangel**.
- Die Unternehmen sind dabei selbst bereit, zu handeln, **gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen** und einen starken Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung zu leisten, national wie international. Die überwältigende Mehrheit fühlt sich jedoch immer mehr damit überfordert, die Übersicht über die komplexen Auflagen zu behalten und die vielen Anforderungen im eigenen Unternehmen umzusetzen.
- **Blockaden lösen: Hohe bürokratische Anforderungen** sind aus Sicht der Unternehmen die größte Belastung für den Standort Deutschland. Hier liegt auch eine Hauptursache für die nur **mäßige Bewertung der Gründerfreundlichkeit** des Wirtschaftsstandorts. Bürokratische Regelungen sind auch ein **Hemmschuh für Innovationen**, deren Standortbedingungen aus Sicht der Unternehmen nur mittelmäßig ist. Dabei sind gerade jetzt Innovationen und Unternehmergeist gefragt, um schnell in neue Technologien einzusteigen. Ein Problem ist auch die Verfügbarkeit von **Gewerbeflächen**. Unternehmen, die neue Standorte aufbauen oder sich vergrößern möchten, stoßen häufig auf Probleme, geeignete Grundstücke zu finden. Auch der Zeitraum bis zur Fertigstellung neuer Gebäude oder Anlagen dauert durch das langwierige **Planungsrecht** aus Sicht der Unternehmen oft zu lange.
- **Schneller werden:** Die **Digitalisierung** ist ein entscheidender Wachstumstreiber und für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland von großer Bedeutung. Durch die Corona-Pandemie hat sich der digitale Transformationsdruck nochmals erhöht. Das Thema steht daher ganz oben auf der Prioritätenliste der Unternehmen. Ein besonders großes Defizit wird im Bereich der digitalen Infrastruktur (Stichwort Glasfaser) von den Unternehmen gesehen.
- **Einstieg in Lösungen nötig:** Die sehr **schlecht bewerteten Standortfaktoren Stromkosten sowie sonstige Energiekosten** zeigen, dass hier die Belastungsgrenze bei vielen Unternehmen erreicht oder überschritten ist. Die Bundesregierung hat unter dem Eindruck des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts die **nationalen Klimaschutzziele** deutlich verschärft - teilweise auch für einzelne Sektoren wie die Industrie. Bis 2045 muss fast jedes Unternehmen klimaneutral sein. Den Rahmen hat die Politik für den Ausstieg gesetzt. Es bleibt die Frage, wie der Einstieg in neue Technologien gelingt. Klimaneutralität ist nur erreichbar durch Investitionen zehntausender Betriebe.
- **Bedarf wächst schneller als Ausbau:** Der Zustand der **Verkehrsinfrastruktur** bereitet den Unternehmen weiterhin Sorge. Die Investitionsmittel lagen in der abgelaufenen Legislaturperiode zumindest für die Bundesverkehrswege auf einem hohen Niveau. Gleichwohl ist die Situation aus Sicht der Unternehmen wie 2017 unbefriedigend (Note 3,5). Dieser scheinbare Widerspruch lässt sich auflösen: Der Verkehr nimmt weiter zu und die Maßnahmen zur **Sanierung und zum Ausbau der Verkehrswege greifen erst langsam**.

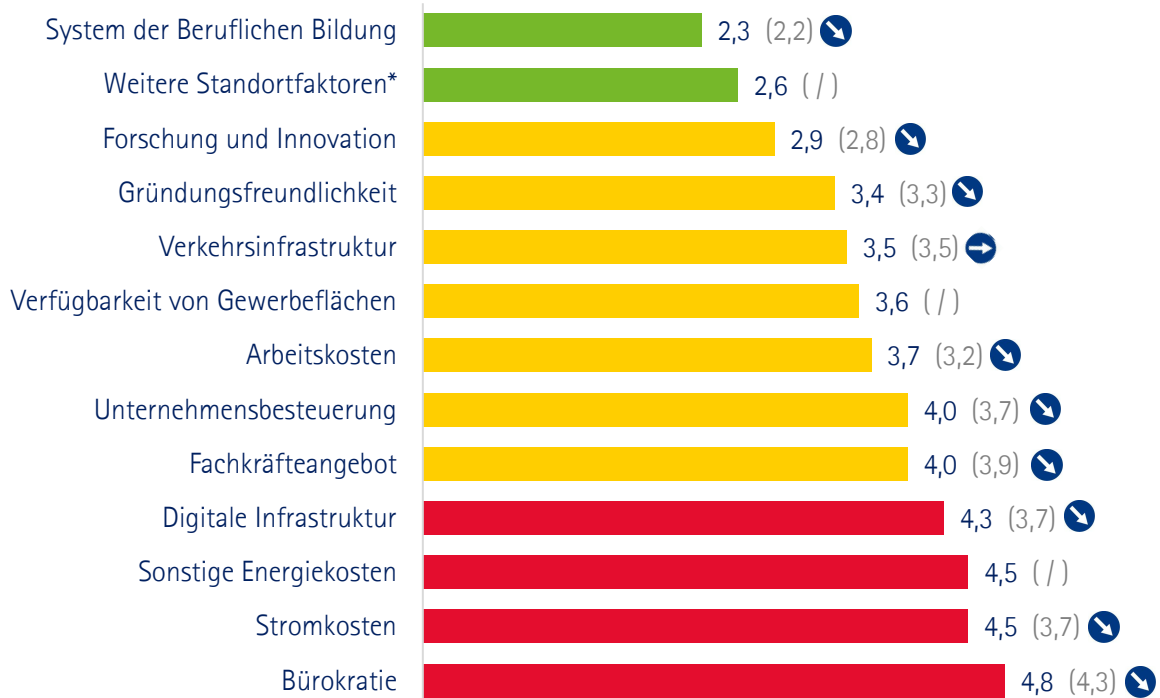
- **Chancen nutzen:** Nicht zuletzt ist die schlechter bewertete **Fachkräfteverfügbarkeit** ein Warnsignal. Eine erfolgreiche Umsetzung von Innovationen, Digitalisierung und Klimaschutz braucht kluge Köpfe und gute Ausbildung. Die **Berufliche Bildung** erhält dabei als Garant für exzellente, in der Praxis ausgebildete Fachkräfte, erneut eine Bestnote in der Befragung. Die Grundfesten des leistungsfähigen Systems sollten also nicht angetastet werden. Gleichwohl sehen 19 Prozent der Unternehmen Handlungsbedarf. Dabei gewinnen auch die **Arbeitskosten** als Belastung erstmals seit 2009 wieder an Bedeutung.
- **Wachstum anstoßen:** Um aus der Corona-Krise gut herauszukommen, müssen die Unternehmen investieren; dafür hilft ein **investitionsfreundliches Steuersystem**. In der aktuellen Umfrage erhält das gegenwärtige Steuersystem nicht einmal mehr eine mittelmäßige Bewertung. 13 Jahre nach der letzten Unternehmensteuerreform ist eine Modernisierung der Unternehmensbesteuerung überfällig. Wirtschaftswachstum resultiert in dauerhaft hohen Staatseinnahmen. Nachhaltige Staatsfinanzen und ein wettbewerbsfähiges Steuersystem sind zwei Seiten derselben Medaille.

1. Unternehmen sehen Standort unter Druck

Die Bewertungen der Unternehmen zum Standort fallen im diesjährigen Unternehmensbarometer noch einmal schlechter aus als vor vier Jahren. Besonders ausgeprägt ist die Verschlechterung bei der Bewertung der Stromkosten. Zur Verschlechterung trägt bei, dass die Unternehmen in der Corona-Krise viel aufgefangen und initiiert haben – z. B. bei Gesundheitsschutz und Digitalisierung – und umso mehr gute Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln vermissen und einfordern. Die Bewertungen der Unternehmen zeigen einen erheblichen Handlungsbedarf bei den Themen Bürokratie, digitale Infrastruktur, Energiekosten. Aber auch der Fachkräftebedarf steht ganz oben.

Beurteilung der Unternehmen, wie wettbewerbsfähig der Standort Deutschland ist

Durchschnitt auf einer Skala von 1 bis 6: 1 = Wettbewerbsfähigkeit sehr gut bis 6 = Wettbewerbsfähigkeit ungenügend
Wert in Klammern – Durchschnitt aus der Befragung 2017



* öffentliche Infrastruktur, Freizeitqualität, Rechtsstandort, kulturelles Angebot

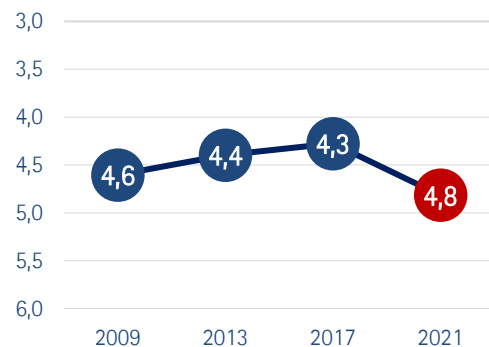
Bürokratie und Energiekosten als Kern-Herausforderungen

Verwaltungsvereinfachung und Digitalisierung sind nötiger denn je.

Der Standort wird in Sachen Bürokratie am schlechtesten in der Befragung eingeschätzt (Durchschnittsnote 4,8 nach 4,3 in der letzten Umfrage 2017). Viele Unternehmen haben nicht die Ressourcen, um immer mehr analoge, komplexe und sich wiederholende Melde-, Berichts- und Dokumentationspflichten zu erfüllen. Und sie haben gerade nach den Erfahrungen in der Corona-Krise immer weniger die Bereitschaft dazu. Schleppende Genehmigungen und komplexe, teilweise unverständliche Regelungen bremsen unnötig. Digitalisierung hat ein enormes Entlastungspotenzial, das gehoben werden sollte.

Bürokratie

(Bewertung als Durchschnittsnote)

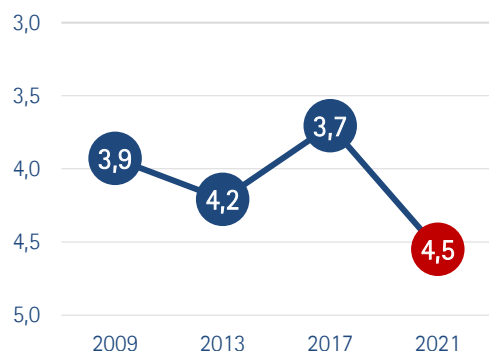


Leistungsfähige Fest- und Mobilfunknetze sind Basis der Digitalisierung: In der Corona-Zeit haben die digitalen Infrastrukturen – Festnetz und mobil – zwar im Großen und Ganzen den gestiegenen Nutzungserfordernissen standgehalten. Die Bewertung der Unternehmen ist aber auch hier deutlich negativ und im Abwärtstrend. Unter dem Strich blicken die Unternehmen in ihrer Mehrzahl kritisch auf den Ausbaustand der digitalen Infrastruktur. Die Betriebe bewerten diese nur mit 4,3. Der Infrastrukturausbau schreitet in Deutschland zwar voran, muss aber mit den zunehmenden Digitalisierungserfordernissen der Unternehmen, die sich auch durch Corona ergeben haben, mitwachsen. Die Digitalisierung von Planungs- und Genehmigungsverfahren auch auf Seiten der öffentlichen Hand ist ein wichtiger Hebel, um den sich beschleunigenden Netzausbau der kommenden Jahre zu ermöglichen.

Strom- und Energiekosten sehr hoch: Nachdem Deutschland bei den Strompreisen bei fast allen gewerblichen Verbrauchern europäischer Spitzenreiter ist, schlägt sich seit Jahresanfang die nationale CO₂-Bepreisung auf fossile Brennstoffe zusätzlich nieder. Die Bundesregierung hat damit eine nationale Sonderlast geschaffen, die in anderen EU-Staaten nicht oder nicht in dieser Höhe anfällt. Der Wirtschaftsstandort hat daher bei den Strom- und Energiekosten einen doppelten Nachteil. Unternehmen, die durch die Ausgleichsregelungen derzeit weniger für Strom bezahlen, wirtschaften dabei mit der Unsicherheit, dass diese Regelungen keinen langfristigen Bestand haben. Zudem haben die reinen Beschaffungskosten für Strom im September 2021 Allzeitrekorde aufgestellt, gleiches gilt für die Gaspreise. Aus diesen Gründen ist es folgerichtig, dass beide Standortbewertungen mit 4,5 nicht mehr ausreichend sind. Bei den Stromkosten verschlechtert sich die Bewertung im Vergleich zu 2017 gleich um 0,8. Dabei fällt die Bewertung in der Industrie mit 4,8 bei Strom und 4,7 bei Energie nochmals schlechter aus als der Durchschnitt über alle Branchen. Innerhalb der Gruppe Industrie vergibt der Mittelstand (250 bis 999 Mitarbeiter) bei den Stromkosten eine mangelhafte Bewertung (4,9). Auch die Energiekosten schneiden mit 4,8 kaum besser ab. Dies hängt auch damit zusammen, dass der Mittelstand weniger Ausgleichsregelungen in Anspruch nehmen kann als größere Betriebe. Die Investitionsbremsen Energie- und Strompreise führen auch dazu, dass den Unternehmen notwendige Mittel für betriebliche Klimaschutzprojekte fehlen.

Stromkosten

(Bewertung als Durchschnittsnote)



Motor für die Aufgaben der Zukunft: Fachkräfte ...

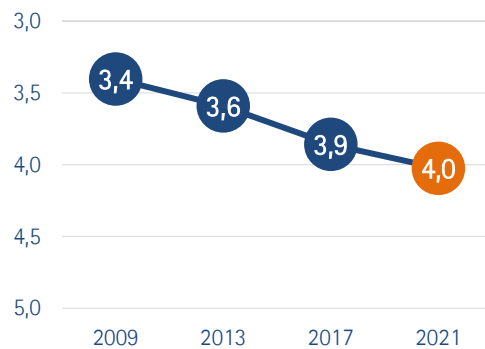
Investitionen in Bildung bedeuten Fachkräfte für die Zukunft. Aus Sicht der Betriebe verschlechtert sich die **Fachkräfteverfügbarkeit** weiter. Die Unternehmen bewerten das Fachkräfteangebot im Schnitt nur noch mit 4,0. Die Bewertung hat damit gegenüber 2017 (3,9) erneut abgenommen – 2013 lag der Wert noch bei 3,6. Kleine Betriebe und der Mittelstand (4,2 in der Größenklasse 0 bis 499 Beschäftigte) sind dabei noch etwas stärker betroffen als Großunternehmen (3,7 in der Größenklasse ab 1.000 Beschäftigten).

Durch die demografische Entwicklung werden Personalengpässe in den Unternehmen künftig noch stärker an Brisanz gewinnen. Daher ist es **wichtig, die Erwerbsbeteiligung zu steigern**. Eine weitere Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist dafür ein hilfreicher Schritt, damit Eltern in größerem Umfang und zeitlich flexibel am Arbeitsleben teilnehmen können. Auch der qualifizierten Zuwanderung kommt hohe Bedeutung zu. Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz wurden dazu die Rahmenbedingungen verbessert.

Mit der Knappheit der Fachkräfte gewinnt die **Höhe der Arbeitskosten** als Standortfaktor wieder an Bedeutung, nachdem sich die Einschätzung in den letzten Jahren stetig verbessert hatte.

Mit 3,7 fällt die Bewertung deutlich schlechter aus als vor vier Jahren (3,2). Die besonders im internationalen Wettbewerb stehende Industrie vergibt sogar eine 3,9. Hohe Arbeitskosten können sich für die Einstellung neuer Mitarbeiter in den Betrieben als Hemmnis erweisen und damit in einigen Bereichen den Re-Start nach der Krise erschweren. Im personalintensiven Gastgewerbe liegt der Wert mit 4,0 noch einmal höher.

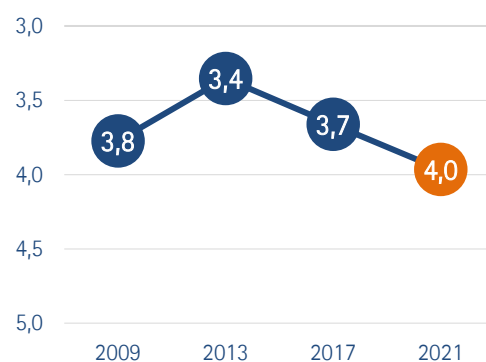
Fachkräfteangebot
(Bewertung als Durchschnittsnote)



... und angemessene Besteuerung

„Steuern“ als Investitionshemmnis: Die Betriebe kommen aus einer Zeit hoher Belastungen und stehen vor großen Herausforderungen. Parallel gibt es einen Reformbedarf bei der Unternehmensbesteuerung. Die Bewertung der Unternehmensbesteuerung als Standortfaktor geht deshalb nochmals zurück und wird nunmehr nur noch als ausreichend von den Unternehmen beurteilt (Note 4,0 nach 3,7 und 3,4). International betrachtet gilt Deutschland aus Unternehmenssicht vielfach als Hochsteuerland. Eine steigende Steuerbelastung, insbesondere durch die Gewerbesteuer und viel Bürokratie bei der Administration der staatlichen Abgaben belasten die Wettbewerbsfähigkeit. Dies gilt, obwohl viele Staaten in der Pandemie geplante Entlastungen bei der Unternehmensbesteuerung eingeschränkt oder verschoben haben.

Unternehmensbesteuerung
(Bewertung als Durchschnittsnote)



Verkehrsinfrastruktur – weiterhin Baustelle

Deutschland hat ein sehr dichtes **Verkehrsnetz**. Es ist durch Straßen, Schienenstrecken, Binnenwasserstraßen sowie Binnen-, See- und Flughäfen gut erschlossen. Viele Verkehrsanlagen sind aber veraltet oder in einem schlechten Zustand und zahlreiche Engpässe behindern den Verkehrsfluss. Brücken aus den 1950er und 1960er Jahren sind bereits am Ende ihrer Nutzungszeit angekommen; sie müssen "abgelastet" und zügig durch Neubauten ersetzt werden. Zudem ergeben sich durch die vermehrte Bautätigkeit Belastungen für die Infrastrukturnutzer. Es muss sich erst zeigen, ob die Gesetze zur Beschleunigung des Baus von Verkehrswegen den Praxistest bestehen. Insbesondere der Mangel an Bauingenieuren führt zur Verzögerung von Projekten. Hinzu kommt, dass für Fahrzeuge mit alternativen Antrieben eine flächendeckende und technologieoffene Versorgungsinfrastruktur benötigt wird. Eine Verkehrswende in Städten muss

auch künftig die Erreichbarkeit für den Individualverkehr und den Lieferverkehr berücksichtigen. Diese Fülle von Problemen drücken sich in der schlechten Bewertung dieses Standortfaktors von nur 3,5 aus.

Mehr Gründungen und Innovationen gefragt

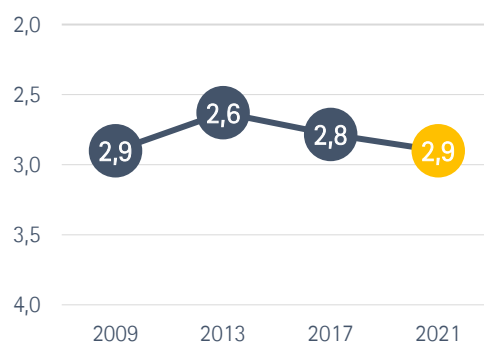
Der Wirtschaftsstandort Deutschland ist nur mäßig gründerfreundlich, die Unternehmen beurteilen ihn gerade noch als mittelmäßig (3,4). Die Einschätzungen fallen dabei gegenüber 2017 nochmals ab. Die Corona-Pandemie hat die Probleme vor Augen geführt: Einerseits ergaben sich Chancen für Innovationen – wie etwa die intensivere Nutzung von Online-Konferenzen, Apps zur Kundensteuerung oder zur Kontaktnachverfolgung. Andererseits traten Defizite etwa bei der Verfügbarkeit schnellen Internets oder bei der Digitalisierung der Verwaltung deutlich zutage.

Auch fehlende Gewerbeflächen spielen eine Rolle. Die Verfügbarkeit von Gewerbeflächen erreicht nur die Note 3,6. Es besteht Handlungsbedarf, denn ohne geeignete Gewerbeflächen wird die Gründung und das Wachstum von Unternehmen erheblich erschwert. Ansatzpunkte für eine Verbesserung sind eine generelle Prüfung der Nachnutzung von Brach- und Konversionsflächen für Gewerbe- oder Industrieansiedlung, aber auch eine interkommunale Kooperation zwischen Stadt und Umland.

Forschung und Innovation sind in Deutschland nur noch im Mittelfeld. Auch wenn das Zukunftsfeld „Forschung und Innovation“ eine der Spitzenpositionen in der Beurteilung des Wirtschaftsstandorts Deutschland belegt, hat sich die Bewertung zum dritten Mal in Folge verschlechtert. Momentan reicht es aus Sicht der Unternehmen mit einer „2,9“ nur noch für eine mittelmäßige Note (2,8 im Jahr 2017; 2,6 vier Jahre zuvor).

Die deutsche Wirtschaft beliefert die Weltmärkte mit Hoch- und Spitzentechnologien und sorgt so für Beschäftigung und Einkommen. Forschung und Innovation sichern deutsche Wettbewerbsvorteile. Die neu eingeführte steuerliche Forschungsförderung oder etablierte Förderprogramme wie das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) geben wichtige Impulse für die gewerbliche Wirtschaft, doch strukturelle Innovationshemmnisse wie bürokratische Regelungen und unverständliche Regulierungen schlagen sich auf die Stimmung nieder.

Forschung und Innovation
(Bewertung als Durchschnittsnote)



Stärken stärken

Deutschland ist bei der Beruflichen Bildung gut aufgestellt. Die Berufliche Bildung erhält erneut die Höchstnote (2,3) bei der Beurteilung des Wirtschaftsstandorts. Die Unternehmen sind mit dem System der Beruflichen Bildung zufrieden, es hat sich auch in der Corona-Pandemie als robust und leistungsfähig erwiesen.

Dank des Engagements tausender ehrenamtlicher Prüferinnen und Prüfer konnten seit Beginn der Pandemie allein bei den IHKs mehr als eine halbe Million junger Menschen ihren Berufsabschluss erlangen. Damit bleibt die Berufliche Bildung, zu der auch die Höhere Berufsbildung mit den Abschlüssen Bachelor und Master Professional zählt, Garant für in der Praxis gut ausgebildete Fachkräfte.

Auch die **weichen Standortfaktoren** wie **öffentliche Infrastruktur, Freizeitqualität, Rechtsstandort und kulturelles Angebot** werden von den Unternehmen als voll befriedigend bewertet. Dies ist neben aller Kritik an öffentlichen Leistungen eine Standortstärke. Auch diese kann jedoch noch weiterentwickelt werden.

2. Chancen der Transformation nutzen, Entscheidungen treffen – Hauptaktionsfelder für die neue Bundesregierung

Was sollte die neu gewählte Bundesregierung (unabhängig von Corona-Maßnahmen) aus Sicht der Unternehmen vornehmlich anpacken?

in Prozent, maximal drei Antworten möglich



Die letzten vier Jahre haben die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands aus Sicht der Unternehmen nicht verbessert. An derthalb Jahre Corona-Pandemie haben etliche Betriebe vor existenzielle Fragen gestellt und einen hohen Investitionsbedarf im öffentlichen und privaten Bereich hervorgerufen. Für die Unternehmen steht dabei die Beschleunigung der Digitalisierung ganz oben auf der Agenda. Zwei Drittel der Unternehmen sehen dieses Thema als dringlich an. Es folgen mit einer Zustimmung von 41 und 39 Prozent bessere Verwaltungsleistungen und eine wettbewerbsfähige Klimapolitik.

Kernaufgabe Digitalisierung

Bei der Frage, welche Themen die neu gewählte Bundesregierung aus Sicht der Unternehmen vornehmlich vorantreiben sollte, steht das Thema Digitalisierung an oberster Stelle (61 Prozent). Dieser Anteil hat sich gegenüber 2017 (55 Prozent) nochmals deutlich erhöht, was nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem verstärkten Transformationsdruck der Betriebe durch die Corona-Pandemie steht. Die Corona-Krise hat gezeigt, wie digitale Anwendungen dazu beitragen können, Personen und Unternehmen zu vernetzen bzw. Leistungen und Produkte über digitale Kanäle an die entsprechenden Zielgruppen zu bringen. Die Unternehmen haben zudem die langfristigen Vorteile der Digitalisierung erkannt – etwa schnellere und unbürokratische Abläufe oder Kosteneinsparungen.

Allerdings fehlen grundlegende Rahmenbedingungen, damit die Unternehmen die Potenziale der Digitalisierung voll ausschöpfen können. Deutschland verfügt nicht über eine moderne digitale Infrastruktur. Glasfaseranschlüsse bis in die Gebäude hinein und flächendeckende Mobilfunkversorgung sind eine entscheidende Voraussetzung für die Digitalisierung und Vernetzung der Unternehmen. Die Maßnahmen dafür müssen strategisch besser zusammenwirken. Gleiches gilt für das Regulierungsumfeld. So erschwert das unterschiedliche Agieren der Aufsichtsbehörden beim Datenschutz den Einsatz neuer Technologien und digitaler Geschäftsmodelle. Rechtssicherheit und Unterstützung wünschen sich die Unternehmen auch beim Datenaustausch untereinander und bei der Nutzung von Daten der öffentlichen Hand (Open Data).

Einfacher, klarer, schneller, dabei digital und praxisnah

Die Unternehmen wünschen sich nicht nur bessere Rahmenbedingungen für ihre eigene Digitalisierung. Die Verbesserung und Beschleunigung von Verwaltungsleistungen sehen sie ebenfalls als Priorität für die neue Bundesregierung. Viele Unternehmen empfinden Melde-, Berichts- und Dokumentationspflichten als unverhältnismäßig hoch – vor allem die kleinen Unternehmen (52 Prozent gegenüber 41 Prozent in der Gruppe aller Antwortenden) sehen hier eine der zentralen Prioritäten für die neue Bundesregierung. Ein wesentlicher Grund für das wahrgenommene Defizit: Das enorme Entlastungs- und Modernisierungspotenzial von Gesetzgebung und Verwaltung bei digitalen Angeboten und Lösungen wird nicht genutzt, auch nicht bei Planungs- und Genehmigungsprozessen. Es fehlt an Rechtssicherheit und einem investitionsfreundlichen Umfeld, das verständliche Regulierung und angemessene Besteuerung einschließt.

Die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen – und damit der digitalisierungsgetriebene Abbau bürokratischer Belastungen für die Unternehmen – wurde zwar mit der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes angegangen. Aber die Verwaltung als Bestandteil der Wertschöpfungsnetzwerke der Unternehmen hat noch einige Hausaufgaben vor sich, um den Anforderungen der Unternehmen gerecht zu werden. Denn grundlegende Elemente für eine umfassende Modernisierung und Digitalisierung der Verwaltung fehlen noch. Es fehlt beispielsweise an einem unternehmensorientierten einheitlichen Zugang zu digitalen Verwaltungsleistungen und an einheitlichen technischen Schnittstellen, um Verwaltungsprozesse Ebenen übergreifend abwickeln sowie Basiskomponenten und Register anbinden zu können.

Klimaschutz: Alternativen schaffen

Viele Unternehmen stehen vor einem Dilemma: Sie sollen in betrieblichen Klimaschutz investieren, ihnen fehlen aber durch die hohen Strom- und Energiekosten entsprechende finanzielle Möglichkeiten. Zudem sind Kunden nur ausnahmsweise bereit, für „grüne“ Produkte Preisaufschläge zu akzeptieren. Drittens gibt es z. B. bei der Hochtemperaturprozesswärme derzeit keine Alternative zum Einsatz von zum Beispiel Erdgas. Gleichzeitig erhöht die Politik den Druck bei den CO₂-Preisen, sodass sich das Dilemma vergrößert.

Es ist deshalb wenig erstaunlich, dass 39 Prozent der Unternehmen es als vordringlich ansehen, die Klimapolitik investitionsicher und wettbewerbsfähig auszugestalten (Platz drei aller Maßnahmen). Dazu zählt insbesondere, auf weitere Zielverschärfungen zu verzichten und den Betrieben Investitionen in den betrieblichen Klimaschutz z. B. in Form von Photovoltaikanlagen zu erleichtern. In den Bereichen, in denen keine wirtschaftlichen Alternativen vorhanden sind, benötigen die betroffenen Firmen zudem Ausgleichsregelungen. Besonders viele Stimmen erhält dieser Punkt vonseiten der Industrie (46 Prozent, Platz 3 der Maßnahmen), da sich diese besonders mit wettbewerbsgefährdenden Energie- und Strompreisen konfrontiert sieht (vgl. auch Frage 1). In besonderem Maße sprechen sich große Unternehmen ab 1.000 Mitarbeiter für bessere Rahmenbedingungen aus (54 Prozent).

Steuersystem modernisieren

Ein Drittel der Unternehmen fordert, die Unternehmensbesteuerung zu modernisieren – fünf Prozentpunkte mehr als vor vier Jahren. Dies verdeutlicht den Reformbedarf in diesem Politikfeld. Allen voran der Handel (41 Prozent), aber auch das Baugewerbe (34 Prozent) gaben überdurchschnittlich oft an, dass diese Forderung für sie Priorität hat. Nach nunmehr 13 Jahren seit der letzten Unternehmenssteuerreform bedarf es einer umfassenden Modernisierung der Unternehmensbesteuerung. Dazu gehört neben einer konsequenten Digitalisierung der Prozesse mit und in der Finanzverwaltung – verbunden mit einer spürbaren Verkürzung von Bearbeitungsfristen wie z. B. den Zeiträumen für Betriebsprüfungen – die strukturelle Neuausrichtung des materiellen Steuerrechts auf Investitionsfreundlichkeit. Dabei sollte u. a. die Kostenbesteuerung, z. B. bei den Hinzurechnungen bei der Gewerbesteuer, abgeschafft, zumindest jedoch deutlich entschärft werden. Gerade die pandemiebedingte Wirtschaftskrise hat gezeigt, wie wichtig eine möglichst weitreichende Verlustverrechnung ist, um den Unternehmen den Weg durch und aus der Krise zu erleichtern. Deshalb sollten Unternehmen ihre Verluste in mehrere Jahre zurücktragen und vollständig, nicht nur begrenzt, mit aktuellen Gewinnen verrechnen können. Für einen dauerhaften Weg aus der Krise braucht es ein investitionsfreundliches Steuerrecht auch mit angepassten Abschreibungsfristen an den schnelleren technologischen Wandel und einer höheren Grenze für Sofortabschreibungen (wenigstens 1.000 Euro). Gerade im internationalen Kontext sollte Deutschland wieder ein wettbewerbsfähiges Niveau bei der Steuerbelastung auf Unternehmensgewinne erreichen.

Entlastung beim Strompreis

Die Bundesregierung hat im Zuge des Corona-Hilfsprogramms beschlossen, die EEG-Umlage durch Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt zu begrenzen – in diesem Jahr auf 6,5 und im kommenden Jahr auf 6 Cent/kWh. Ein erster Schritt zur Senkung der staatlich verursachten Bestandteile des Strompreises ist damit getan. Weitere Senkungsschritte sind angekündigt. Die Einnahmen aus der nationalen CO₂-Bepreisung sollen überwiegend zur Senkung der EEG-Umlage genutzt werden. Dennoch landet die Strompreissenkung weiterhin auf Platz fünf der Politikempfehlungen.

Für 31 Prozent der Unternehmen sollten zusätzliche Entlastungen beim Strompreis daher oben auf der politischen Agenda stehen. Daher sollte die EEG-Umlage rasch vollständig aus dem Haushalt finanziert werden. Dies würde vor allem der Industrie zugutekommen, die mit 44 Prozent diesen Punkt deutlich höher gewichtet als der Durchschnitt aller Unternehmen. Innerhalb der Industrie ist es die Gruppe der Unternehmen mit 500 bis 999 Mitarbeitern und damit der Mittelstand, der diesen Punkt zu den Top drei zählt.

Flexible Arbeit – betriebliche Lösungen

Derzeit sieht rund jedes vierte Unternehmen (26 Prozent) im Erhalt bzw. der Schaffung von Flexibilität am Arbeitsmarkt eine Aufgabe, die die neue Bundesregierung vornehmlich angehen sollte. Vor vier Jahren waren dies noch 37 Prozent. Infolge des massiven Einsatzes der Kurzarbeit in der Pandemie mit zwischenzeitlich sechs Millionen Beschäftigten mit Kurzarbeitergeldbezug ist der Arbeitsmarkt bisher vergleichsweise glimpflich durch die Krise gekommen, so dass mögliche Anpassungen zur Flexibilitätssteigerung für etliche Unternehmen zurzeit nicht ganz oben auf der Agenda stehen. Hinzu kommt, dass Megatrends wie Digitalisierung und Klimaschutz aktuell für viele Betriebe größere Bedeutung haben.

Verkehrsinfrastruktur modernisieren

Eine bedarfsgerechte Sanierung der Verkehrsinfrastruktur wird von 20 Prozent der Unternehmen als vorrangige Aufgabe gesehen. Dies ist ein deutlich geringerer Wert als 2017 mit 37 Prozent. Es gibt positive Veränderungen: mehr Mittel – insbesondere für die Verkehrswege des Bundes – und mehrere Gesetze zur Planungsbeschleunigung. Dem stehen aber weiterhin erhebliche Schwachstellen gegenüber: zu lange Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie zu geringe personelle Ausstattungen bei Verwaltungen, Gerichten und Planungsbüros. Hinzu kommt ein weiter wachsendes Verkehrsaufkommen.

Fachkräftemotor Berufliche Bildung justieren

Die Bestnote bei der Wettbewerbsfähigkeit macht deutlich, dass die Berufliche Bildung für die Mehrheit der Unternehmen ein hervorragendes System ist, an dessen Grundfesten nicht gerüttelt werden darf – etwa durch einseitige Garantien auf einen Ausbildungsplatz oder einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung. Gleichwohl sehen 19 Prozent der Unternehmen Handlungsbedarf. Nach dem Überwinden der Corona-Krise muss der sich langsam erholende Ausbildungsmarkt weiter stabilisiert und müssen Schulabgänger sowie die zahlreich verfügbaren Ausbildungsangebote der Unternehmen zusammengebracht werden. Dabei sollten Empfehlungen der Enquete-Kommission des Bundestages "Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt" aufgegriffen werden, zum Beispiel eine bessere digitale Ausstattung der Berufsschulen insbesondere im ländlichen Raum.

Innovationen zünden lassen

Immerhin fast jedes fünfte Unternehmen (17 Prozent) erachtet Verbesserungen im Forschungs- und Innovationssystem für notwendig. Damit innovative Ideen ihren Weg in die Praxis finden sind einfachere und schnellere Förderprozesse sowie moderne Transferinstrumente von der Wissenschaft in die Praxis notwendig. Eine niederschwellige Möglichkeit, Innovationen voranzutreiben, sind zudem Reallabore und Experimentierklauseln. Neue Technologien und regulatorische Instrumente können dabei ergebnisoffen in einer realen Umgebung getestet werden und dazu führen, dass Gesetze weiterentwickelt werden, um mehr Innovationen zu ermöglichen. Noch mangelt es in Deutschland vielfach an der Bereitschaft zu mehr Flexibilität und Vielfalt bei Experimentierräumen.

Weitere Prioritäten

Unter sonstige Prioritäten erwähnen viele Unternehmen Vorschläge für den Bürokratieabbau. Dies unterstreicht die Bedeutung der Verwaltungsvereinfachung. Als weitere Themen wünschen sich einzelne Unternehmen Steuererleichterungen, einen stärkeren politischen Fokus auf den Mittelstand, die Gleichbehandlung von Online- und stationärem Handel sowie Strategien für mehr Klimaschutz. Einige dieser Themen wurden in den wirtschaftspolitischen Aussagen im letzten Teil der Umfrage aufgegriffen.

3. Standpunkte der Unternehmen zur künftigen Wirtschaftspolitik

Die Unternehmen waren im letzten Teil der Umfrage gefragt, ob sie wirtschaftspolitischen Standpunkten zustimmen oder sie ablehnen. Die Antworten zeigen überwiegend Zustimmung, wobei sie besonders bei den Kosten des Klimaschutzes ein hohes Problembewusstsein ausdrücken.

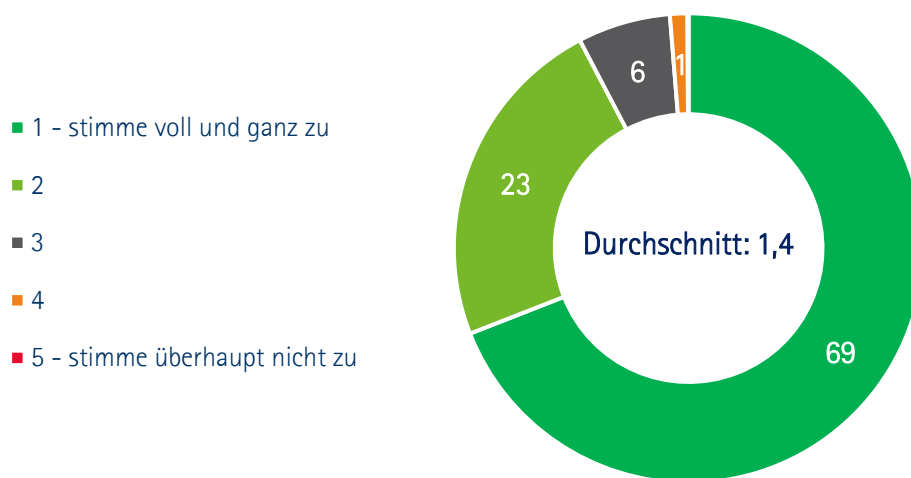
Wie bewerten die Unternehmen folgende Aussagen?

in Prozent, Skala 1-5, stimme voll und ganz zu = 1; stimme überhaupt nicht zu = 5	1	2	3	4	5	Schnitt
„Die Corona-Krise hat einen massiven Investitionsbedarf sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich offengelegt. Investitionen werden in Deutschland aber durch zu lange Planungs- und Genehmigungsverfahren erschwert.“	69	23	6	1	0	1,4
„Die Anforderungen an die Herstellung und den Vertrieb von Produkten werden immer komplexer. Gleichzeitig wird die Einhaltung dieser Regeln bei Anbietern aus Drittstaaten nur unzureichend kontrolliert. Für mehr Fairness im Wettbewerb ist ein besserer Vollzug in den Bereichen Produktsicherheit, Steuern und Zoll wichtig.“	49	33	16	2	0	1,7
„Der Verantwortungsbereich der Unternehmen – Klimaneutralität, demografischer Wandel, Digitalisierung, Datenschutz, Menschenrechte in Lieferketten – wird immer größer gezogen. Auf der betrieblichen Ebene wird es immer schwieriger, diesen staatlichen Anforderungen gerecht zu werden.“	50	33	11	4	2	1,8
„Die Coronavirus-Pandemie hat gezeigt, dass Deutschland und andere EU-Mitgliedsstaaten bei wichtigen Gütern und Rohstoffen in hohem Maße von einzelnen Lieferstaaten bzw. Lieferketten abhängig sind. Deshalb sollten bei den als kritisch identifizierten Produkten und Rohstoffen die Produktions- und Lagerkapazitäten nach Europa verlagert werden – auch wenn dadurch die Kosten steigen.“	43	37	15	3	2	1,8
„Um die Klimaschutzziele zu erreichen, sind wir auf einen rascheren Ausbau von erneuerbaren Energien, Energieinfrastrukturen sowie die Umstellung von Industrieanlagen auf klimaneutrale Brennstoffe angewiesen. Bund und Länder müssen dringend für die dafür nötigen Rahmenbedingungen (z. B. Abstandsregelungen bei Windrädern, schnelle Genehmigungsverfahren) sorgen.“	46	29	14	6	5	1,9
„Das Steuersystem sollte viel einfacher werden. Ich würde entsprechende Maßnahmen unterstützen, auch wenn dadurch Ausnahmetatbestände wegfallen und für mein Unternehmen gegebenenfalls die Steuerbelastung steigt.“	38	33	22	4	2	2,0
„Die Bundesregierung sollte so schnell wie möglich wieder zur Schuldenbremse zurückkehren.“	33	31	26	7	3	2,2
„Ladenöffnungen an Sonntagen sollten mit dem Ziel attraktiver Innenstädte in begrenztem Umfang möglich sein.“	42	22	16	8	13	2,3
„Die Handelshemmnisse haben im Zuge der Coronavirus-Pandemie für mein Unternehmen noch einmal zugenommen. Die Bundesregierung sollte sich gemeinsam mit der EU gegen Protektionismus und für weltweit offene Märkte einsetzen – auch in politisch schwierigen Konstellationen.“	25	28	33	9	5	2,4
„Klimaschutz sollte vorangebracht werden, auch wenn es für mein Unternehmen zusätzliche Kosten verursacht.“	23	31	26	11	9	2,5

Lange Plan- und Genehmigungsverfahren wirken als Investitionsbremse

9 von 10 Unternehmen stimmen zu, dass es einen massiven Investitionsbedarf sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich gibt. Im Corona-Jahr 2020 haben die Unternehmen ihre Ausrüstungsinvestitionen deutlich reduziert und bleiben auch weiterhin zurückhaltend, in Anlagen oder Maschinen zu investieren. Aktuell bremsen nicht nur Preissteigerungen und Knappheiten bei Rohstoffen und Produkten die Investitionen und damit den wirtschaftlichen Aufschwung, sondern strukturell auch lange Plan- und Genehmigungsverfahren.

„Die Corona-Krise hat einen massiven Investitionsbedarf sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich offengelegt. Investitionen werden in Deutschland aber durch zu lange Planungs- und Genehmigungsverfahren erschwert.“ in Prozent

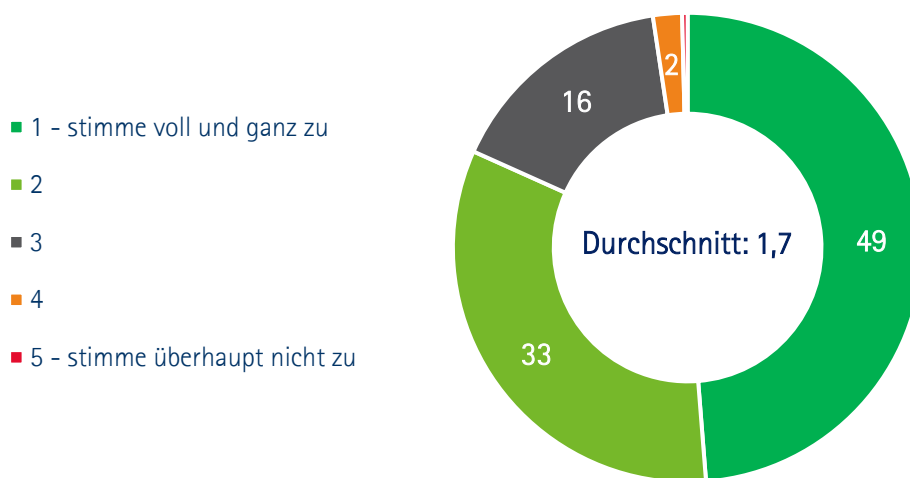


Chancen zu ergreifen und neue Investitionen zu tätigen, wird durch zu lange und komplexe Planungs- und Genehmigungsverfahren gebremst. Beispiele sind Industrieanlagen, Windparks, aber auch neue Gewerbegebiete. Der DIHK regt an, diese Verfahren zu straffen und damit zu beschleunigen. Durch die Reduzierung von Planungsstufen, z.B. bei Infrastrukturvorhaben und Gewerbeansiedlungen würde die Dauer der Verfahren erheblich reduziert werden, da etwa doppelte Öffentlichkeitsbeteiligungen und Umweltprüfungen entfallen würden.

Fairen Wettbewerb durch angemessenen Vollzug sichern

Unternehmen müssen zahlreiche Regeln einhalten, bevor sie Waren auf den Markt bringen können. Dazu gehören u.a. die Anforderungen an die Produktsicherheit, das Chemikalienrecht und immer mehr Regulierungen aus dem Bereich der Kreislaufwirtschaft, wie Energieeffizienzlabel, das Verpackungsgesetz oder das Elektro- und Batteriegesetz. Mit diesen Regeln sind häufig Informations- und Kennzeichnungspflichten verbunden, die zu einem immer höheren Aufwand führen, Produkte "compliant" auf dem Markt bereit zu stellen. Zukünftig wird das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz weitere Anforderungen mit sich bringen.

„Die Anforderungen an die Herstellung und den Vertrieb von Produkten werden immer komplexer. Gleichzeitig wird die Einhaltung dieser Regeln bei Anbietern aus Drittstaaten nur unzureichend kontrolliert. Für mehr Fairness im Wettbewerb ist ein besserer Vollzug in den Bereichen Produktsicherheit, Steuern und Zoll wichtig.“ in Prozent



Gleichzeitig werden immer mehr Waren aber über digitale Vertriebskanäle direkt von Anbietern aus Drittstaaten an Endkunden verkauft. Stichproben der Marktüberwachung zeigen, dass der Anteil unsicherer Produkte hier sehr hoch ist. Im Bereich der Umsatzsteuer werden auf zahlreichen Sendungen zu niedrige Wertangaben gemacht, so dass Umsatzsteuer oder Zollgebühren umgangen werden.

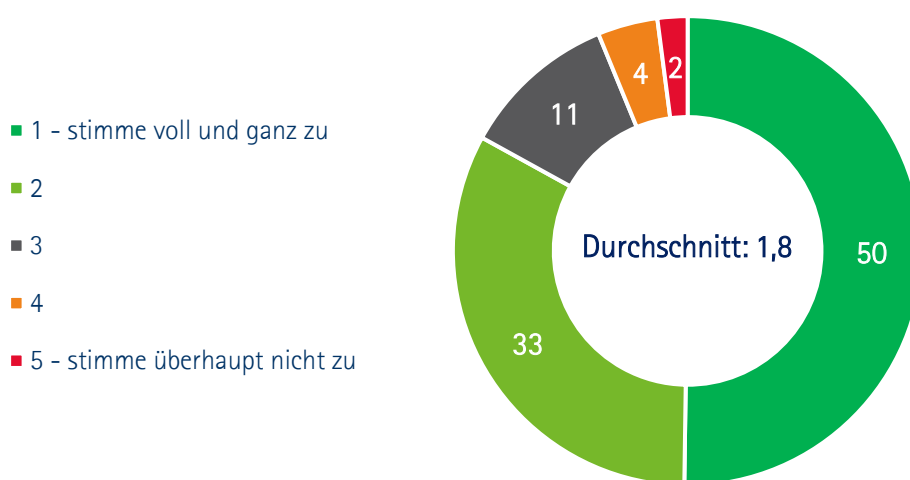
Für hiesige Hersteller und Händler führt das zu einem unfairen Wettbewerb. Die breite Zustimmung zu dieser Frage zeigt, dass das Problem nicht nur den Einzelhandel (Zustimmung: 82 Prozent), sondern vor allem den Großhandel (Zustimmung: 89 Prozent) und die Industrie (Zustimmung: 86 Prozent) betrifft.

Um die Durchsetzung von nationalen Steuer- und Compliance-Regeln im E-Commerce-Versand zu verbessern, werden personelle und digital bzw. KI-basierte Ressourcen benötigt. Es sollten dabei auch Systeme für sichere digitale Identitäten und Transaktionsdaten gestärkt werden. Eine engere internationale Kooperation der Vollzugsbehörden etwa auf WTO-Ebene zur effektiven Überwachung der Warenströme gegen wettbewerbsverzerrende Praktiken wäre ebenfalls sinnvoll.

Verantwortung der Unternehmen unterstützen

Die Unternehmen in Deutschland nehmen ihre gesellschaftliche Verantwortung auf nationaler und internationaler Ebene wahr und engagieren sich bereits in hohem Maß freiwillig über die gesetzlichen Anforderungen hinaus. Es ist daher alarmierend, dass 83 Prozent der befragten Unternehmen die Einhaltung der staatlichen Anforderungen in der betrieblichen Praxis als immer schwieriger erachten. Nur sechs Prozent der Befragten fühlen sich der Herausforderung gewachsen.

„Der Verantwortungsbereich der Unternehmen – Klimaneutralität, demografischer Wandel, Digitalisierung, Datenschutz, Menschenrechte in Lieferketten – wird immer größer gezogen. Auf der betrieblichen Ebene wird es immer schwieriger, diesen staatlichen Anforderungen gerecht zu werden.“ in Prozent



Vor besondere Herausforderungen stellt die Unternehmen das jüngst verabschiedete Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz. Zu nennen sind hier auch die EU-Konfliktmineralienverordnung, die CSR-Richtlinie und die geplante EU-Richtlinie für ein europäisches Lieferkettengesetz.

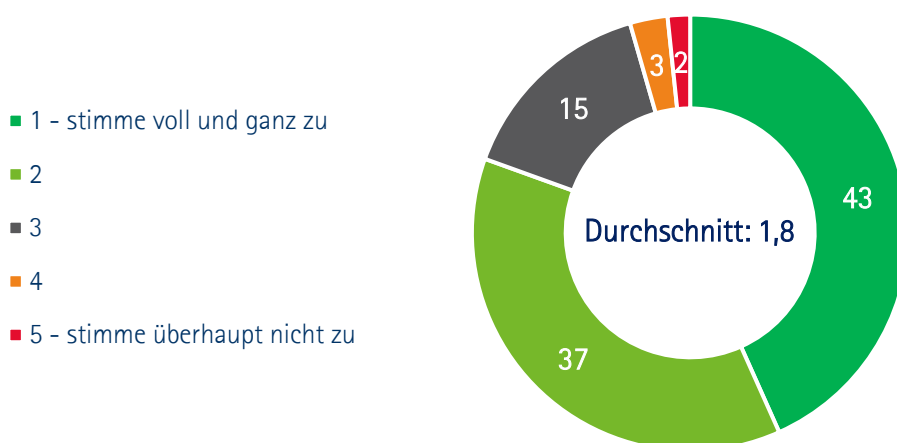
Die Achtung der Menschenrechte ist für deutsche Unternehmen ein wichtiges Anliegen, das sich im eigenen Betrieb bzw. beim eigenen unternehmerischen Agieren konsequent verfolgen lässt. Fraglich bleibt jedoch, wie man Einfluss auf seine Lieferanten in einer internationalen, oftmals weitverzweigten Lieferkette gewinnen kann. Die Politik selbst sollte hier weiterhin selbst in der Verantwortung bleiben.

Notwendige gesetzliche Standards, Verpflichtungen und Eingriffe in Unternehmensentscheidungen sollten daher generell so ausgestaltet werden, dass sie das vielfältige Engagement der Unternehmen ausdrücklich würdigen, diese nicht behindern oder benachteiligen und im Unternehmensalltag handhabbar sind.

Lieferketten stärken

Die Verlagerung von Produktions- und Lagerkapazitäten bei kritischen Produkten und Rohstoffen nach Europa stößt bei 80 Prozent der Unternehmen auf Zustimmung – unabhängig von den Wirtschaftszweigen ist die Zustimmung hoch. Vor allem die Gesundheitswirtschaft (87 Prozent) sieht hierin eine Chance, Lieferabhängigkeiten zu reduzieren. Große Unternehmen ab 1.000 Mitarbeiter stimmen der Aussage dabei weniger häufig zu als kleine und mittelgroße Unternehmen. Insgesamt zeigt dies, dass das Unterbrechen von Lieferketten oder beispielsweise das Herunterfahren der Produktion von Microchips während der coronabedingten Wirtschaftskrise starke Auswirkungen auf die Unternehmen und ihre Geschäftstätigkeit haben – hinzu kommen die aktuell massiven Preissteigerungen – und die Betriebe sich Unterstützung wie Sicherheit wünschen. Gleichzeitig wird jedoch auch deutlich, dass jeweils im Detail geprüft werden muss, welche Maßnahme (z. B. verstärkte Lagerhaltung versus Aufbau von Produktion in der EU) wann am zielführendsten ist, um die Probleme zu beseitigen.

„Die Coronavirus-Pandemie hat gezeigt, dass Deutschland und andere EU-Mitgliedstaaten bei wichtigen Gütern und Rohstoffen in hohem Maße von einzelnen Lieferstaaten bzw. Lieferketten abhängig sind. Deshalb sollten bei den als kritisch identifizierten Produkten und Rohstoffen die Produktions- und Lagerkapazitäten nach Europa verlagert werden – auch wenn dadurch die Kosten steigen.“ in Prozent



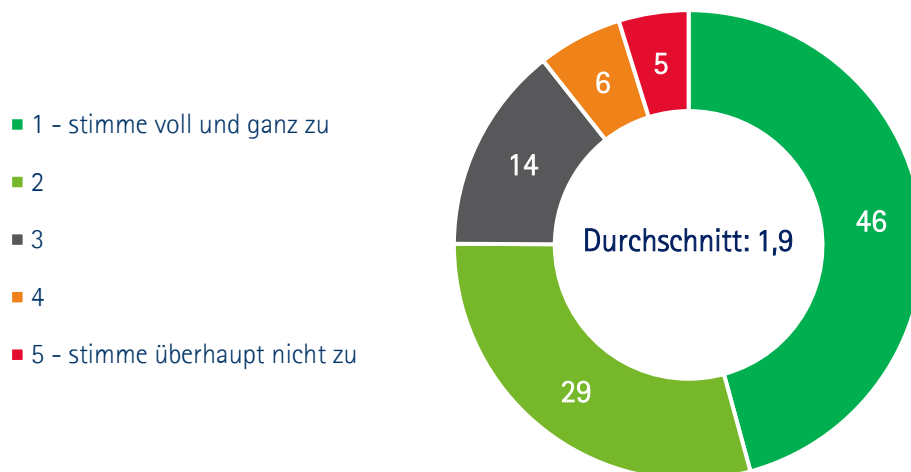
Grundsätzlich sind Lieferkettenverlagerungen unternehmerische Entscheidungen, die nicht staatlich verordnet werden sollten. Die hochinternationalisierte Wirtschaft bleibt weiterhin auf offene Märkte, weltweit regelbasierten Handel und die internationale Arbeitsteilung angewiesen. Insgesamt sollten Rahmenbedingungen für Unternehmen jedoch so gestaltet werden, dass die standortnahe Produktion attraktiver wird. Vereinzelt könnte bei essenziellen Produkten ein Umbau von Wertschöpfungsketten, wie er zum Teil schon stattgefunden hat, notwendig sein. Mitnahmeeffekte sollten dabei vermieden werden. Zudem sollte sichergestellt werden, dass auf Innovationen und langfristige Wettbewerbsfähigkeit gesetzt wird sowie Unsicherheiten bei der Marktentwicklung berücksichtigt werden. Grundsätzlich sollte, wo möglich, auf die Diversifizierung von Lieferketten, die Anlage von größeren Notfallreserven, oder die Förderung besonders flexibler Produktionseinheiten, die in Krisenfällen schnell umgestellt werden können, gesetzt werden.

Außerdem ist es wichtig, Systeme zu schaffen, um die europaweite Verfügbarkeit z. B. von Medikamenten oder anderen essenziellen Produkten monitoren zu können und ggf. regional auftretende Knappheiten durch Bestände aus anderen Mitgliedstaaten beseitigen zu können.

Investitionen in Klimaschutz: Rahmen anpassen

Deutschland soll im Jahr 2045 unter dem Strich klimaneutral sein und damit das Ziel fünf Jahre früher als bislang vorgesehen erreichen. Dies bedeutet, dass Industriebetriebe ihre Produktionsverfahren in den kommenden 24 Jahren auf klimaneutrale Brennstoffe umstellen müssen. Es fordert von den Firmen große Investitionsbedarfe, zumal Abnehmer in der Regel allenfalls begrenzt bereit sind, für „grüne“ Produkte mehr zu bezahlen. Auch Unternehmen anderer Branchen sind gefragt, z. B. ihren Energiebedarf zu senken. Zudem muss durch das höhere Klimaschutzziel noch schneller in erneuerbare Energien investiert werden, um wegfallende fossile Kraftwerke zu ersetzen.

„Um die Klimaschutzziele zu erreichen, sind wir auf einen rascheren Ausbau von erneuerbaren Energien, Energieinfrastrukturen sowie die Umstellung von Industrieanlagen auf klimaneutrale Brennstoffe angewiesen. Bund und Länder müssen dringend für die dafür nötigen Rahmenbedingungen (z. B. Abstandsregelungen bei Windrädern, schnelle Genehmigungsverfahren) sorgen.“ in Prozent

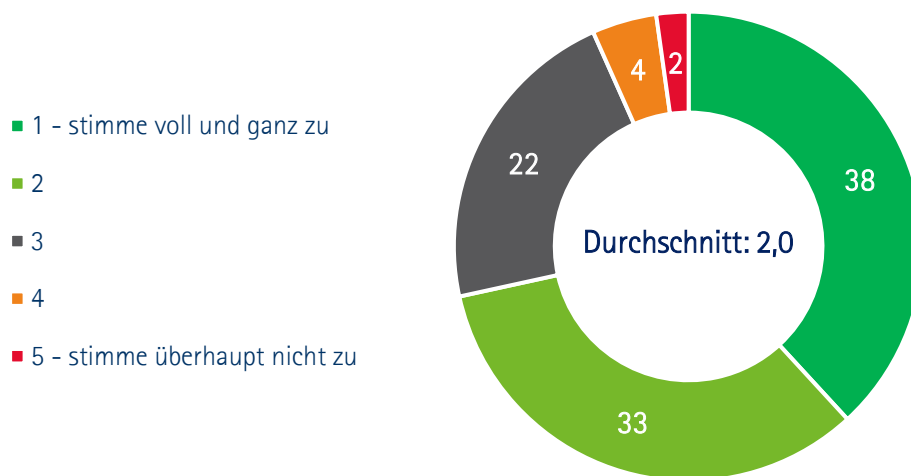


Die Unternehmen sehen mit 75 Prozent ganz überwiegend noch nicht die notwendigen Rahmenbedingungen für ihre Investitionen. Nur ein Anteil von 11 Prozent hält den Investitionsrahmen für bereits ausreichend. Zu den nicht passenden Bedingungen zählen auch die hohen Kosten für Energie und Strom, die den Unternehmen Kapital entziehen sowie Bürokratiehürden (vgl. 1. Frage). Des Weiteren führen die langwierigen Planungs- und Genehmigungsverfahren dazu, dass Unternehmen, die in erneuerbare Energien oder in die Umstellung ihrer Produktionsprozesse investieren wollen, häufig ausgebremst werden. Die neue Bundesregierung sollte mit Blick auf das kurze Zeitfenster bis 2045 rasch den passenden Rahmen setzen.

Niedrigere Steuersätze bei weniger Ausnahmen

Sieben von zehn Unternehmen (71 Prozent) würden sogar zusätzliche Steuerbelastungen in Kauf nehmen, wenn das Steuerrecht insgesamt vereinfacht würde. Überdurchschnittlich oft bejahen dies vor allem kleinere Unternehmen (0 bis 19 Mitarbeiter). Denn komplexe steuerliche Regelungen belasten vor allem kleinere und mittlere Unternehmen, die in der Regel nicht über eigene Steuerabteilungen verfügen. Dementsprechend müssen steuerliche Aufzeichnungen und Erklärungen oft "nebenbei" oder durch externe Dienstleister erledigt werden, was zusätzliche Kosten verursacht.

„Das Steuersystem sollte viel einfacher werden. Ich würde entsprechende Maßnahmen unterstützen, auch wenn dadurch Ausnahmetatbestände wegfallen und für mein Unternehmen gegebenenfalls die Steuerbelastung steigt.“ in Prozent



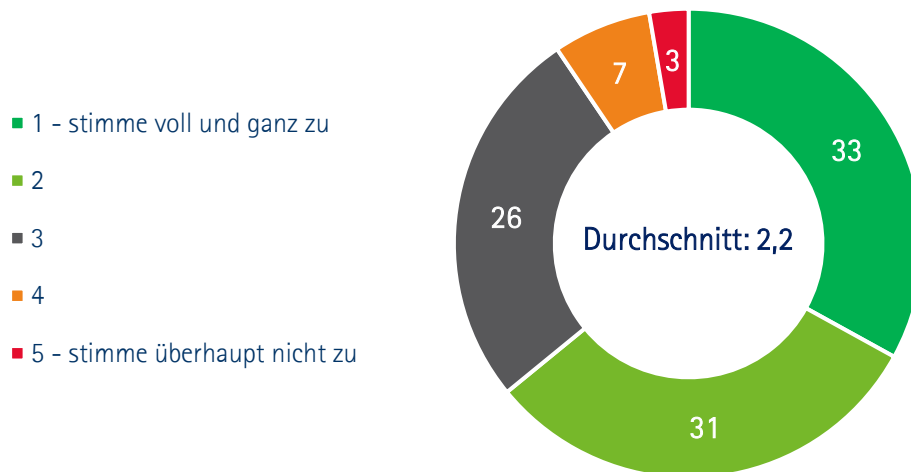
Eine erhebliches Vereinfachungspotential beinhaltet etwa das Umsatzsteuerrecht, denn dieses verursacht hohe Befolgungskosten bei den Unternehmen, unter anderem durch die hohe Fehlergefahr aufgrund sehr komplexer Regeln.

Nachhaltige Staatsfinanzen als wichtige Basis

Fast zwei Drittel der Unternehmen wünschen sich eine schnelle Rückkehr zur Schuldenbremse – der seit 2011 verankerten globalen Fiskalregel im Grundgesetz. Sie erreicht nachhaltige Staatsfinanzen, indem sie die Verschuldung der öffentlichen Haushalte auf maximal 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes begrenzt.

„Die Bundesregierung sollte so schnell wie möglich wieder zur Schuldenbremse zurückkehren.“

in Prozent



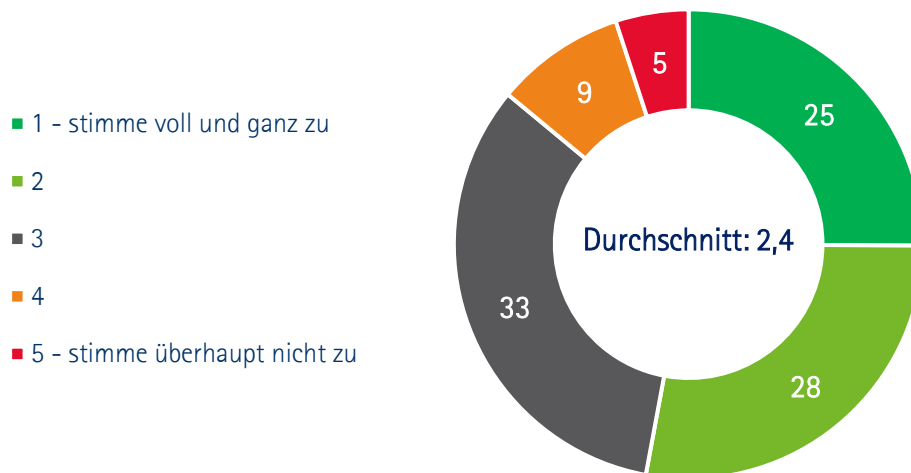
Ihre Bedeutung als Krisenvorsorge-Instrument hat die Schuldenbremse bereits gezeigt. Unterschiedliche Bundesregierungen haben die hohe Staatsverschuldung nach 2010 bis Ende 2019 wieder unter die Vorgaben des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes zurückgeführt. Nur deshalb konnte Deutschland mit großen finanziellen Möglichkeiten die bisherigen wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise abfedern. Dabei konnten die finanziellen Konsolidierungserfolge unter der Schuldenbremse in den letzten Jahren gleichzeitig mit einem deutlichen Anstieg der öffentlichen Investitionen verbunden werden.

Offene Weltmärkte für eine starke Wirtschaft

Die deutliche Mehrheit der Unternehmen wünscht sich von der Bundesregierung gemeinsam mit der EU einen beherzten Einsatz gegen Protektionismus und für weltweit offene Märkte. Im Zuge der Coronavirus-Pandemie haben die Handelshemmnisse für viele Unternehmen noch einmal zugenommen – etwa durch Exportrestriktionen für kritische Güter. Für die Industrieunternehmen mit ihren globalen Liefer- und Wertschöpfungsketten haben offene Märkte und regelbasierter Handel eine besondere Bedeutung. 70 Prozent wünschen sich hier eine starke Stimme der neuen Bundesregierung. Besonders relevant ist es zudem für mittelständische und große Unternehmen ab 250 Mitarbeitern, die stärker in internationale Lieferketten eingebunden sind als für kleinere Unternehmen – die Zustimmung der Industriebetriebe ab 1.000 Mitarbeitern liegt bei über 80 Prozent.

„Die Handelshemmnisse haben im Zuge der Coronavirus-Pandemie für mein Unternehmen noch einmal zugenommen. Die Bundesregierung sollte sich gemeinsam mit der EU gegen Protektionismus und für weltweit offene Märkte einsetzen – auch in politisch schwierigen Konstellationen.“

in Prozent

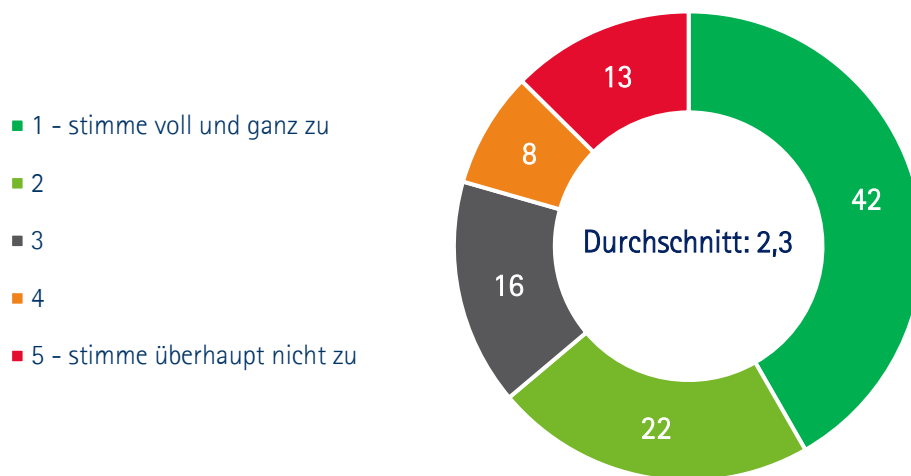


Unternehmen aus dem Gastgewerbe, der Kultur- und Kreativwirtschaft oder dem Dienstleistungsbereich, für die der internationale Warenaustausch etwas weniger relevant ist, zeigen sich eher neutral zu der Aussage. Insgesamt zeigt sich beim Thema Handelspolitik eine hohe Relevanz für die Unternehmen. Die deutsche Wirtschaft ist auf offene Märkte angewiesen. Jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland hängt vom Export ab, in der Industrie sogar jeder zweite.

Innenstädte stärken: Ladenöffnung flexibel an Sonntagen zulassen

Die Mehrheit der Unternehmen wünscht sich eine Flexibilisierung bei Ladenöffnungszeiten an Sonntagen. Die Öffnung des Einzelhandels an Sonntagen ist seit Jahren ein Anliegen der Branche. Zwar gibt es grundsätzlich die Möglichkeit, diese sind aber mit hohem Aufwand verbunden und oft nicht rechtssicher. Durch die Corona-Pandemie mussten vor allem die innerstädtischen Einzelhändler hohe Einbußen hinnehmen: liegen weiterhin unter dem Vorjahresniveau¹. Eine Unterstützung der innerstädtischen Wirtschaftsakteure wäre aktuell wichtig, um die Attraktivität der Innenstädte zu erhalten.

„Ladenöffnungen an Sonntagen sollten mit dem Ziel attraktiver Innenstädte in begrenztem Umfang möglich sein.“ in Prozent



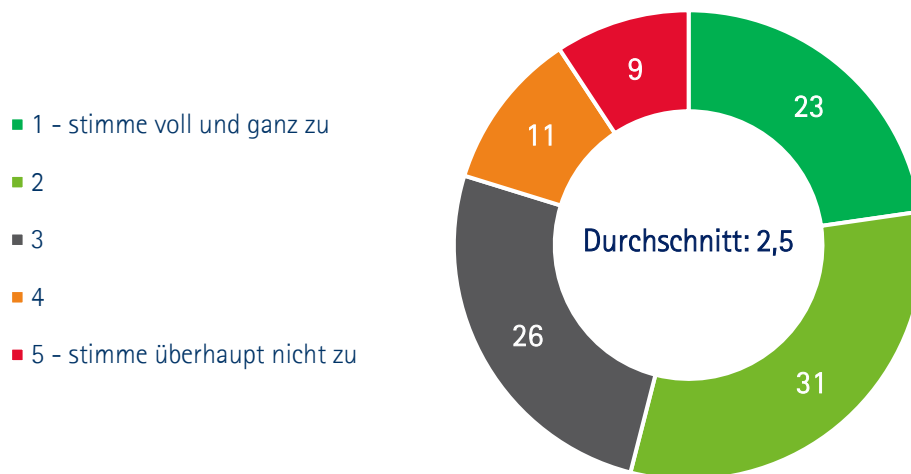
Die Möglichkeit an einer begrenzten Anzahl von Sonntagen im Jahr zu öffnen, würde die Innenstädte und all ihre Wirtschaftsakteure erheblich stärken, denn auch Gastronomie oder Dienstleister profitieren von den zusätzlichen Besuchern an Sonntagen. Für den Einzelhandel ist es dagegen teilweise mit Kostenbelastung verbunden. Dies zeigt sich auch in den Umfrageergebnissen: Das Gastgewerbe sowie die Kultur- und Kreativwirtschaft (Zustimmung jeweils 82 Prozent) und die Reisewirtschaft (Zustimmung: 76 Prozent) befürworten noch stärker als der Einzelhandel (Zustimmung: 61 Prozent) eine Ladenöffnung an Sonntagen.

¹ Destatis, Einzelhandelsumsatz im Juli 2021, Umsatzentwicklung (real) Januar bis Juli 2021 (https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/09/PD21_411_45212.html)

Klimaschutz – Skepsis gegenüber Kosten

Da die Wirtschaft derzeit die Hauptkosten des Klimaschutzes trägt, ist für viele Betriebe eine Belastungsgrenze bereits erreicht. Zusatzkosten beim Klimaschutz steht deshalb nur eine knappe Mehrheit aufgeschlossen gegenüber. Die durchwachsene Haltung der Betriebe zu dieser Frage zeigt, dass sich die Politik mit den Kosten des Klimaschutzes intensiv auseinandersetzen sollte. Die sich bereits auf Rekordniveau befindenden Strom-, CO₂- und Gaspreise engen den Spielraum der Unternehmen zudem weiter ein.

„Klimaschutz sollte vorangebracht werden, auch wenn es für mein Unternehmen zusätzliche Kosten verursacht.“ in Prozent



Bei der regionalen Betrachtung fällt die geringe Zustimmung der ostdeutschen Wirtschaft ins Auge: Die Frage erreicht dort mit einer Note von 2,9 einen deutlich schlechteren Wert als in den anderen Regionen – am besten schneidet der Süden mit 2,2 ab.

Fragebogen

1. Beurteilen Sie aus Sicht Ihres Unternehmens, wie wettbewerbsfähig der Wirtschaftsstandort Deutschland in folgenden Bereichen ist (Antworten in alphabetischer Reihenfolge):

(Auf einer Skala von 1 bis 6: 1 = Wettbewerbsfähigkeit sehr gut bis 6 = Wettbewerbsfähigkeit ungenügend)

- Arbeitskosten
- Bürokratie (u. a. E-Government)
- Digitale Infrastruktur (z. B. Breitband)
- Fachkräfteangebot
- Forschung und Innovation
- Gründungsfreundlichkeit
- Stromkosten
- Sonstige Energiekosten (einschließlich CO₂-Bepreisung)
- System der Beruflichen Bildung
- Unternehmensbesteuerung
- Verkehrsinfrastruktur (alle Verkehrsträger einschließlich Elektromobilität)
- Verfügbarkeit von Gewerbeflächen
- Weitere Standortfaktoren (öffentliche Infrastruktur, Freizeitqualität, Rechtsstandort, kulturelles Angebot)

2. Was sollte die neu gewählte Bundesregierung (unabhängig von Corona-Maßnahmen) aus Sicht Ihres Unternehmens *vornehmlich* anpacken? (Antworten in alphabetischer Reihenfolge) (max. 3 Antworten möglich)

- Berufliche Bildung stärken
- Digitalisierung vorantreiben (z. B. Breitbandnetze, IT-Sicherheit)
- Flexibilität am Arbeitsmarkt sichern/schaffen
- Innovationsstandort stärken
- Klimapolitik investitionssicher und wettbewerbsfähig gestalten
- Staatliche Belastung des Strompreises reduzieren (z. B. EEG-Umlage)
- Unternehmensbesteuerung modernisieren
- Verkehrsinfrastruktur bedarfsgerecht modernisieren
- Verwaltungsleistungen verbessern und beschleunigen
- Sonstiges (Freitextfeld)

Hinweis: Die folgenden Fragen 3. Und 3.1. sind nicht Teil dieser Veröffentlichung, sie werden gesondert ausgewertet.

3. Wie sehr hat die Coronavirus-Pandemie Ihre Geschäftstätigkeit verändert (u. a. Geschäftsmodell, Arbeitsprozesse, Lieferantenbeziehungen)?

(Skala 0 bis 5, 0= „keine Veränderung“, 5= „starke Anpassung/Umstellung“)

3.1. Was würde Ihnen für den weiteren Umgang mit der Pandemie am meisten helfen? (Antworten in alphabetischer Reihenfolge)

(5 Kategorien Matrix (1=sehr wichtig, 2=wichtig, 3=neutral, 4=unwichtig, 5=irrelevant))

- Bundesweit einheitliche Maßstäbe für die Anwendung von Corona-Regeln
- (Internationale) Mobilität/Logistik wiederherstellen/sichern
- Kapitalausstattung stärken (z.B. erweiterter Verlustrücktrag, bessere Abschreibungsbedingungen, erleichterter Kreditzugang, Unterstützung bei Tilgungsleistungen)
- Planbarkeit erhöhen: Corona-Verordnungen verständlich formulieren und ausreichend Vorlauf festlegen
- Politische Akzeptanz und Einsatz digitaler Tools erhöhen, um eine dauerhafte Geschäftstätigkeit in der Pandemie zu ermöglichen (z.B. digitale Warteschlangen, Click & Collect, Kontaktnachverfolgung)
- Unterstützungsmaßnahmen für besonders betroffene Unternehmen über den 31.12.2021 hinaus bereithalten

4. Wie bewerten Sie aus Sicht Ihres Unternehmens folgende Aussagen?

(Skala 1-5, stimme voll und ganz zu=1; stimme überhaupt nicht zu =5)

- „Der Verantwortungsbereich der Unternehmen – Klimaneutralität, demografischer Wandel, Digitalisierung, Datenschutz, Menschenrechte in Lieferketten – wird immer größer gezogen. Auf der betrieblichen Ebene wird es immer schwieriger, diesen staatlichen Anforderungen gerecht zu werden.“
- „Die Corona-Krise hat einen massiven Investitionsbedarf sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich offengelegt. Investitionen werden in Deutschland aber durch zu lange Planungs- und Genehmigungsverfahren erschwert.“
- „Das Steuersystem sollte viel einfacher werden. Ich würde entsprechende Maßnahmen unterstützen, auch wenn dadurch Ausnahmetatbestände wegfallen und für mein Unternehmen gegebenenfalls die Steuerbelastung steigt.“
- „Die Bundesregierung sollte so schnell wie möglich wieder zur Schuldenbremse zurückkehren.“
- „Die Handelshemmnisse haben im Zuge der Coronavirus- Pandemie für mein Unternehmen noch einmal zugenommen. Die Bundesregierung sollte sich gemeinsam mit der EU gegen Protektionismus und für weltweit offene Märkte einsetzen – auch in politisch schwierigen Konstellationen.“
- „Die Coronavirus-Pandemie hat gezeigt, dass Deutschland und andere EU-Mitgliedsstaaten bei wichtigen Gütern und Rohstoffen in hohem Maße von einzelnen Lieferstaaten bzw. Lieferketten abhängig sind. Deshalb sollten bei den als kritisch identifizierten Produkten und Rohstoffen die Produktions- und Lagerkapazitäten nach Europa verlagert werden – auch wenn dadurch die Kosten steigen.“
- „Um die Klimaschutzziele zu erreichen, sind wir auf einen rascheren Ausbau von erneuerbaren Energien, Energieinfrastrukturen sowie die Umstellung von Industrieanlagen auf klimaneutrale Brennstoffe angewiesen. Bund und Länder müssen dringend für die dafür nötigen Rahmenbedingungen (z. B. Abstandsregelungen bei Windrädern, schnelle Genehmigungsverfahren) sorgen.“
- „Klimaschutz sollte vorangebracht werden, auch wenn es für mein Unternehmen zusätzliche Kosten verursacht.“
- „Die Anforderungen an die Herstellung und den Vertrieb von Produkten werden immer komplexer. Gleichzeitig wird die Einhaltung dieser Regeln bei Anbietern aus Drittstaaten nur unzureichend kontrolliert. Für mehr Fairness im Wettbewerb ist ein besserer Vollzug in den Bereichen Produktsicherheit, Steuern und Zoll wichtig.“
- „Ladenöffnungen an Sonntagen sollten mit dem Ziel attraktiver Innenstädte in begrenztem Umfang möglich sein.“

Methodik

Unter dem Titel „Entscheiden, investieren, gemeinsam Zukunft sichern“ stellt der DIHK die Auswertung der Ergebnisse einer Online-Umfrage vor, an der sich das unternehmerische Ehrenamt der IHK-Organisation beteiligt hat. Die Umfrage fand vom 13. bis 17. September 2021 statt. Grundlage der Auswertung sind Antworten von über 3.500 Unternehmen aus den Vollversammlungen der IHKs und den Fachausschüssen des DIHK. Diese verteilen sich auf die Wirtschaftszweige Industrie (30 Prozent), Bauwirtschaft (fünf Prozent), Handel (19 Prozent), Verkehr (fünf Prozent), Gastgewerbe und Reisewirtschaft (elf Prozent), Kultur- und Kreativwirtschaft (vier Prozent), Finanzwirtschaft (sechs Prozent) und Sonstige Dienstleistungen (18 Prozent).

Unternehmen aus Bayern haben Frage 1 (Beurteilung der Wettbewerbsfähigkeit) in einer separaten Befragung der bayerischen IHKs im Frühjahr 2021 beantwortet. Frage 2 (Prioritäten der Bundesregierung) wurde in die im September 2021 laufende Konjunkturumfrage der bayerischen IHKs integriert und in der Zeit vom 13. bis 17. September im Rahmen dieses Unternehmensbarometers ausgewertet. Die bayerischen Ergebnisse der Fragen 1 und 2 wurden auf diese Weise in das bundesweite IHK-Unternehmensbarometer integriert. Die Fragen 3 und 4 wurden in Bayern nicht gestellt.

Impressum

Herausgeber und Copyright

© Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte

Telefon 030 20308-0 | info@dihk.de

DIHK Brüssel

Hausanschrift : 19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles

Telefon : +32 2 286-1611 | info@dihk.de

DIHK Online

[Homepage](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [Linkedin](#) | [Instagram](#) | [Youtube](#)

Durchführung und Koordination

Melanie Vogelbach, Dr. Ulrike Beland, Lola Machleid, Sebastian Titze

Redaktion

Dr. Stefan Hardege, Alena Kühlein, Dr. Katrin Sobania, Dr. Sebastian Bolay, Dr. Marc Evers, Markus Kiss, Jens Gewinnus, Dr. Patrick Thiele, Dr. Ulrike Regele, Carolin Herweg, Dr. Christian Fahrholz, Dr. Kathrin Andrae, Cornelia Upmeier, Anne-Kathrin Tögel, Christian Alexander Gollnick, Philipp Nüßlein, Dr. Philipp Wien, Anna Molchanova, Klemens Kober, Christopher Gosau

Grafik

Friedemann Encke, Sebastian Titze

Bildnachweis

[Gettyimages](#)

Stand

September 2021